



Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen

Ausgabe: [MBI. NRW. 2001 Nr. 1](#)
Veröffentlichungsdatum: 10.01.2001
Seite: 1



G r u ß w o r t an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen zum Jahreswechsel 2000/2001

G r u ß w o r t an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen zum Jahreswechsel 2000/2001

Das Jahr 2000 war ein arbeits- und ereignisreiches Jahr, für den öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen gekennzeichnet durch wesentliche Entscheidungen und wichtige Weichenstellungen für die Zukunft der Verwaltungen in unserem Land.

Nach Inkrafttreten des Ersten Verwaltungsmodernisierungsgesetzes haben die Kreise, Städte und Gemeinden im Interesse einer orts- und damit bürgernahen Aufgabenerledigung eine Vielzahl neuer Verantwortungsbereiche übernehmen können. Die kommunale Selbstverwaltung wurde gestärkt und nicht nur die haushaltsrechtlichen Spielräume wurden erweitert.

Mit Verabschiedung des Zweiten Verwaltungsmodernisierungsgesetzes haben wir dem Behördenaufbau im Lande klarere Strukturen gegeben. Die Landesverwaltung hat erstmals in der Landesgeschichte einen einheitlichen dreistufigen Aufbau mit einer einheitlichen Mittelinstanz. Bisherige Sonderverwaltungen wurden in den Hauptstrang der Landesverwaltung eingegliedert, staatliche Aufgaben in der mittleren Verwaltungsebene gebündelt und staatliche und kommunale Aufgaben deutlich voneinander getrennt.

Was bedeutet dies für das vor uns liegende Jahr?

Wenn ein Rohbau fertiggestellt ist, kann der Innenausbau beginnen. Wir wollen die neu entstandenen Verwaltungsstrukturen mit Leben erfüllen, die neu hinzu gekommenen Kolleginnen und Kollegen mit offenen Armen aufnehmen und die unterschiedlichen Verwaltungskulturen und -traditionen zusammenführen. Und dann können wir uns voll auf die Binnenmodernisierung konzentrieren.

Neue Arbeitsabläufe und neue Arbeitsmethoden mit zielgenauem Ressourceneinsatz, neue Technik, weniger Hierarchie und mehr Verantwortung für die Einzelnen haben vor allem im kommunalen Bereich Einzug gehalten. Auch in der Landesverwaltung gibt es beachtliche Modernisierungsleistungen. Besonders gefreut hat mich, dass mit der Autobahnpolizei der Bezirksregierung Arnsberg und der Stadtverwaltung Coesfeld kurz vor Weihnachten zwei Behörden aus Nordrhein-Westfalen beim Qualitätswettbewerb der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer ausgezeichnet worden sind. Modernisierung erwarte ich nicht nur von unseren nachgeordneten Behörden. Auch Ministerien werden vom neuen Jahr an sich neue Strukturen geben und neue Steuerungsmethoden üben.

Ist es nun nicht langsam genug mit den Veränderungen? Haben wir nicht schon an genügend Innovationsprojekten mitgewirkt? War unsere Arbeit bisher schlecht?

So oder ähnlich lauten Fragen, die mich bisweilen in diesem Zusammenhang erreichen. Dass unsere Arbeit mancher Kritik zum Trotz in der Bevölkerung in beachtlichem Maße geschätzt wird, konnte ich bei vielen Anlässen im vergangenen Jahr immer wieder erfahren. Hierfür möchte ich mich bei Ihnen ganz herzlich bedanken. Damit aber auch in Zukunft die rasche Entwicklung, die viele Lebensbereiche kennzeichnet, nicht an uns vorbei läuft, müssen wir uns fit machen für die bevorstehenden Herausforderungen. Bewährtes wird sich in Zukunft nur weiterhin bewähren können, wenn wir heute die erforderlichen Vorkehrungen für die vor uns liegenden Bewährungsproben treffen, vorausschauend und gleichwohl mit Augenmaß.-

Das zurückliegende Jahr hat uns auf ein Problem zurückgeworfen, das wir überwunden glaubten. In den Wahlergebnissen schien sich ein Rückgang rechtsextremistischer Haltungen auszudrücken. Die Entwicklung fremdenfeindlich motivierter Straftaten und sonstige rechtsextremistische Umtriebe haben uns eines Anderen belehrt. Blickt man auf das Unheil, das totalitäre Ideologien im vergangenen Jahrhundert über die Menschheit gebracht haben, dann darf es dafür keinen Raum mehr geben. Gerade wir, die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, tragen hier besondere Verantwortung. Es gilt, frühzeitig und konsequent einzuschreiten. Wir dürfen nicht wegschauen. Wo immer sich eine Gelegenheit bietet, am Arbeitsplatz, in den Schulen, sei es in der Familie, in Vereinen und anderen gesellschaftlichen Gruppen oder in der Öffentlichkeit, sollen wir die argumentative Auseinandersetzung mit diesem menschenverachtenden Gedankengut suchen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen ein gutes und erfolgreiches Jahr 2001 voller Gesundheit, Kraft und persönlicher Zufriedenheit.

Dr. Fritz Behrens
Innenminister

des Landes Nordrhein-Westfalen